

17.05.2018 Politik

„Wir brauchen Klarheit, Herr Minister!“

Kassenärztliche Bundesvereinigung



Telematikinfrastruktur – Mitten im technischen Rollout scheint die Politik das Projekt elektronische Gesundheitskarte plötzlich generell in Frage zu stellen. Gelten bestehende Gesetze nun nicht mehr? KBV-Chef Dr. Andreas Gassen fordert Klarheit.

In den letzten Tagen machten Medienberichte die Runde, die den Eindruck vermittelten, die Politik wolle das Projekt einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK) abrupt beenden. Die Folge: Große Verunsicherung bei den niedergelassenen Ärzten und Psychotherapeuten. „Gelten bestehende Gesetze nun nicht mehr? Ich verlange Klarheit von der Politik –

und zwar nicht nur für uns, sondern in erster Linie für die niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen“, erklärte heute in Berlin Dr. Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der KBV. „Zwar hat Minister Spahn mittlerweile erklärt, dass in jedem Falle ein sicheres Netz gebraucht wird, an das alle Ärzte, Krankenhäuser und Apotheken angeschlossen sind. Nach diesem öffentlichen Hin und Her steht fest: Wir brauchen eine verbindliche Aussage des Ministers, ob das derzeit geltende Gesetz Bestand haben wird, oder ob es geändert werden soll“, forderte Gassen.

Offen zeigte sich der KBV-Chef für neue digitale Anwendungen, die für Ärzte und Patienten nutzbringend sind und beispielsweise via App funktionieren.

Quelle: Kassenärztliche Bundesvereinigung, Herbert-Lewin-Platz 2, 10623 Berlin, www.kbv.de, 14.05.2018